

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Sammann.

Berlin, Freitag, den 17. Februar 1893.

Bu den Debatten über die Lage der Landwirthschaft.

Auf die lebhaften Debatten, die dieser Tage im Reichstage und im Abgeordnetenhaus über die Lage der Landwirthschaft stattgefunden haben, im Einzelnen einzugehen, ist in einem kurzen Artikel ganz unmöglich. Dazu wurden viel zu viele und zu verschiedenartige Dinge ziemlich bunt durcheinander herbeigezogen, und wenn wir aufzählen: Silberwährung in Indien, Rubelkurs in Rußland, Unterhändler bei den Wiener Handelsvertragsverhandlungen, Handelsvertrag mit Rußland, Wollzoll, Unterstützungswohnsitz, Freizügigkeit, Kohlenausfuhr, Staffeltarife, so ist die Reihe der Gegenstände, die berührt wurden, noch keineswegs erschöpft. Wir beschränken uns deshalb darauf, einige allgemeine Gesichtspunkte hervorzuheben.

Die Thatsache, daß die Landwirthe, namentlich des preussischen Ostens, recht ungünstige Zeiten durchzumachen haben, wurde nicht bloß von „Agrariern“ behauptet, sondern auch von Rednern der Nationalliberalen und des Centrums, ebenso wie von den Vertretern der Regierung vollkommen anerkannt und von den Freisinnigen keineswegs mit derselben Sicherheit wie früher auf zu gutes Leben der Grundbesitzer, leichtsinnige Verschuldung, veraltete Wirthschaftsweise und dergleichen an den Personen haftende Dinge zurückzuführen gesucht. Die Thatsache besteht ebenso, wie es Thatsache ist, daß die Roggenpreise seit anderthalb Jahren um 100 bis 120 Mark gesunken sind und somit dem Produzenten, der nicht bloß für den Selbstverbrauch säet und erntet, in schwere Bedrängniß bringen.

Was sind die Ursachen dieser Erscheinung und welche Mittel können gegen sie angewandt werden?

Nach den Berichten über manche agrarische Versammlung muß man den Eindruck gewinnen, als ob die Herabsetzung der Getreidezölle von 50 auf 35 Mark die Wurzel des Uebels sei. Daß dies ein Irrthum ist, daß 15 Mark Zollunterschied nicht einen Preissturz um 100 und mehr Mark verursacht haben können, mußte auch von konservativer Seite anerkannt werden. Daraus sollte man nun aber auch die Verpflichtung herleiten, die Agitation gegen die Handelsverträge zu mäßigen, zumal da der vom Staatssekretär Frhr. v. Marschall geführte Nachweis, daß die Handelsverträge unsere Wirthschaft vor schweren Nachtheilen bewahrt haben, indem sie eine Ausfuhr von 3 Milliarden Mark Werth nicht den Gefahren von Sperren und Zollkriegen preisgaben, von keiner Seite zu widerlegen versucht worden ist, und zumal da ferner die Handelsverträge die Getreidezölle mit 35 Mark für die Tonne auf 12 Jahre hinaus stabilisirt d. h. der Gefahr, freihändlerischen Agitationen zu erliegen, entrückt haben. Auch unsere Goldwährung erachten wir für ganz unschuldig an den Leiden der Landwirthe. Sie hat nicht verhindert, daß wir sehr hohe oder doch auskömmliche Preise für landwirthschaftliche Erzeugnisse hatten. Sie bietet den großen Vortheil für unsere Wirthschaft, daß der Werthmesser für die Waaren untereinander nicht auf ein im Werthe schwankendes Münzmetall oder Währungssystem gegründet ist wie z. B. in Rußland, wo der Bauer nur allen Schaden, der Exporteur und Großkapitalist nur allen Vortheil der schwankenden Währung hat.

Ueberhaupt ist die gegenwärtige Lage der Landwirthschaft nicht aus einer Ursache zu erklären; vielmehr wirken viele zusammen. Vor Allem wird der Getreidepreis nicht mehr von der heimischen Ernte, sondern vom Weltmarkte bestimmt, d. h. von den Ernten in den Hauptproductionsländern zusammen, von der Concurrenz aus Ländern mit noch jungfräulichem Boden. Dann kommt der wie ein Naturgesetz wirkende unglückselige Zug vom Lande nach der Stadt, vom landwirthschaftlichen Osten nach dem industriellen Westen, der einen das Gedeihen der Landwirthschaft schwer schädigenden Arbeitermangel einschließt. Ferner ungleiche Ver-

theilung der Lasten in der Unterstützungspflicht für Abgewanderte, in der directen Besteuerung zc.

Wegen des Zusammenwirkens vieler Ursachen, die zum wesentlichen Theile gar nicht von heimischen Verhältnissen abhängen, ist die Abhülfe in einer gesunden Agrarpolitik so schwer und so lang dauernd. Die Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, der staatliche Verzicht auf die Grundsteuer — wahrhaftig kein „Pappentitel“ — wird unmittelbar wirken; aber die vollen Früchte der Bemühungen für innere Kolonisation, für Ansiedelung von Arbeitern und Kleinbauern, für Wasserstraßen und industrielle Anlagen in den rein landwirthschaftlichen Gebieten zc. kann erst die nächste Generation ernten.

Mit Schlagworten wie Remonetisirung des Silbers — eine Sache, die zum kleinsten Theile von Deutschland abhängt — kommen wir über die Schwierigkeiten nicht hinweg, ebenso auch nicht mit unbegründeten Anklagen gegen die Regierung, die den einfachen Landwirth das Uebel an der falschen Stelle zeigen. Man hat gesagt, die Landwirthschaft werde gegenüber anderen Erwerbszweigen benachtheiligt, es ist sogar das Wort gefallen, die Landwirthe seien es müde, sich länger „scheeren“ zu lassen. Der Vertragszoll für Roggen beträgt nach den gegenwärtigen Preisen reichlich 25 pSt. des Werthes; man nenne einen großen Industriezweig, der in ähnlicher Höhe durch Zölle geschützt wäre! Das Wort des Reichskanzlers, man möge nicht von Opfern der Landwirthschaft reden, sondern von Opfern, die für die Landwirthschaft gebracht werden, mag hart klingen, es ist aber vollkommen richtig und kann auch nach der beigegebenen Begründung, daß die Allgemeinheit diese Opfer bringen muß, weil der Nährstand der am meisten staats-erhaltende Stand und die in ernstesten Zeiten sicherste Quelle des Patriotismus ist, nirgends mißverstanden werden.

Die Landwirthschaft würde ihr eigenes Interesse verkennen, wenn sie dem Gedanken Raum gäbe, den einer der Redner, bezeichnender Weise kein Landwirth, andeutete, daß nämlich die bedrängten Uckerbauer ihren Mißmuth bei Maßregeln für unsere Landesverteidigung geltend machen könnten. Eine solche Unterstellung ist, wie der Ministerpräsident sagte, beleidigend für die Landwirthe. Ein anderer Redner, der Abgeordnete Ritter, der, obwohl Industrieller, sich als „Agrarier“ bezeichnete, sprach von einem „undefinirbaren Etwas“, von dem die Landwirthe befreit sein möchten; viele hätten das Gefühl wie die Seeleute des Columbus, die das Ziel nicht kannten. Wenn es aber in der Politik auf klares Denken und praktisches Handeln ankommt, so ist es gegenüber einer solchen Erscheinung patriotische Pflicht, dagegen zu arbeiten, daß das Gefühl nicht auf Unrechtes abirrt und an den verkehrten Stellen nach Ursachen und Schuld sucht. Nichts in der Vergangenheit oder in der Gegenwart widerspricht dem Worte des Ministerpräsidenten, daß die Regierung den Beschwerden der Landwirthschaft mit dem vollen und warmen Interesse, das dieser wichtige Factor des staatlichen und wirthschaftlichen Lebens erfordert, und mit dem ernstesten Bestreben gegenübersteht, da zu helfen, wo es noth thut, und soweit es in ihrer Macht steht.

Die Militärvorlage und die Landwirthschaft.

In den hüzigen Debatten der letzten Tage über die Lage der Landwirthschaft ist manches leidenschaftliche Wort gefallen. Schwer begreiflich ist es aber, wie ein Redner den Gedanken aussprechen konnte, die Unzufriedenheit der Landwirthe könne der Regierung für die Militärvorlage gefährlich werden. Eine ähnliche Aeußerung fiel bereits vor einigen Wochen: es wurde gewissermaßen damit gedroht, daß die Vertreter der Landwirthschaft die Nachtheile, die